

Schweiz am Schulfes
16. 3. 1980

Schulen überbrücken Röstigraben

Die klassische Schulreise wird zum Austauschprogramm

IM NEU BEFEUERTEN Sprachenstreit setzen sich Schulleiter aus allen Landesteilen für einen starken Zusammenhalt zwischen der Deutschschweiz und der Romandie ein. Deshalb wollen sie die klassische Schulreise durch einen Austauschtag ersetzen. Ab Herbst sollen Primar- und Oberstufenschüler zu einer Klasse aus einer anderen Sprachregion reisen. Diese wird zum Gastgeber und

Reiseführer. Ziel ist es, den Fremdsprachenunterricht spannender zu gestalten. Unterstützt wird das Projekt von Bundesrat Alain Berset und SRG-Chef Roger de Weck. (YNO)

> SEITE 5

Erste
obligatorische
Fremdsprache



Französisch
BE*, BL, BS, SO, TI

Italienisch
GR*

Deutsch
FR*, GE, JU, NE, VD, VS*

Englisch
AG, AI, AR, GL, LU, NW, OW,
SG, SH, SZ, TG, UR, ZG, ZH

* In den Kantonen
BE, GR, FR und VS
werden je nach
Sprachregion
andere Fremdspra-
chen gelernt.

GRAFIK STEFAN STALDER

Schweiz am Sonntag
16.3.14

Erasmus für Primarschüler

Die klassische Schulreise soll zum Austauschtag werden – mit Partnerklassen in der Westschweiz

Bundesrat Alain Berset sieht den Zusammenhalt zwischen den Landesteilen gefährdet. Grund ist der Fremdsprachenunterricht. Jetzt springen ihm Schulleiter aus allen Landesteilen bei – und Altbundesrat Couchepin.

VON YANNICK NOCK

Die bröckelnden Bande zwischen der Deutschschweiz und der Romandie sollen gestärkt werden. Dafür setzt sich der Schweizer Schulleiterverband (VSLCH) ein. «Der Französischunterricht darf nicht aus der Primarschule verschwinden, sondern muss Vorrang vor Englisch erhalten», sagt Bernard Gertsch, Präsident des VSLCH. Wenn Schüler eine zweite Landessprache beherrschten, trage dies zur nationalen Einheit bei.

Deshalb wollen die Schulleiter nun Partnerstädte und Partnerschulen in allen Sprachregionen finden. Sie unterstützen damit ein Projekt der ch-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, das von allen 26 Kantonen getragen wird. Unter dem Namen «Schulreise

Plus: Von der Schulreise zum Austauschtag» sollen zwei Klassen aus unterschiedlichen Sprachregionen miteinander in Kontakt treten – eine Art Mini-Erasmus für Primar- und Oberstufenschüler.

Ziel ist es, den Fremdsprachenunterricht spannender und alltagstauglicher zu gestalten. Eine reisende Klasse besucht eine Schulklasse vor Ort. Diese wird zum Gastgeber und Reiseführer für lokale Sehenswürdigkeiten. Das Projekt startet kommenden Herbst und hat bereits prominente Unterstützer. SRG-Chef Roger de Weck und Bundesrat Alain Berset fungieren als Patrons.

BERSET HATTE DIESE WOCHE den Sprachenstreit neu befeuert. Dass in der Primarschule nur Englisch unterrichtet werde, sei keine Option, sagte er im Parlament und drohte den Kantonen mit einem Machtwort aus Bern. Ungewöhnlich deutliche Worte im föderalistisch geprägten Schulsystem der Schweiz. Damit reagierte Berset auf Pläne mehrerer Deutschschweizer Kantone, in der Primarschule einzig Englisch zu unterrichten. Französisch oder Italienisch würden dadurch in die Oberstufe verbannt werden.

Für Altbundesrat Pascal Couchepin, den ehemaligen Innen- und Kulturmi-

nister, ist die Entwicklung alarmierend. «Falls wir nicht aufpassen, driften die Sprachregionen noch weiter auseinander», sagt er. Dabei sei es eine grosse Schweizer Stärke, dass verschiedene Kulturen zusammenlebten. «Es ist gefährlich, wenn Kantone der Deutschschweiz den Französisch- oder Italienischunterricht ganz aus der Primarstufe streichen», sagt Couchepin. «Das sendet ein fatales Signal in die Westschweiz.»

FRAGE DER WOCHE

SOLL DER BUNDESRAT FRANZÖSISCH ALS ERSTE FREMDSPRACHE FESTLEGEN?

Stimmen Sie ab
www.schweizamsonntag.ch oder
E-Mail: leserbriefe@schweizamsonntag.ch

Der Sprachenstreit brodeln bereits seit Monaten. Lehrer und Politiker von links bis rechts begehren gegen zwei obligatorische Fremdsprachen für Kinder unter 12 Jahren auf. In Uri lernen Primarschüler bereits nur eine Fremdsprache: Englisch. Und das dürfte keine Ausnahme bleiben. In Graubünden kam zuletzt eine Initiative für nur eine Fremd-

sprache zustande. Weitere Vorstösse wurden in Schaffhausen, Baselland, im Thurgau, in Solothurn, Nidwalden und Luzern lanciert.

EXPERTEN GEHEN DAVON AUS, dass jedes fünfte Kind mit zwei obligatorischen Fremdsprachen überfordert ist. Das bemängelt auch der Schweizer Lehrerverband (LCH). Zwar wollen die Lehrer weiterhin zwei Fremdsprachen unterrichten, lernschwache Schüler sollen davon allerdings befreit werden. Lehrer-Präsident Beat Zemp sieht weiteren Handlungsbedarf: Schüler sollen mindestens drei Lektionen pro Woche Französisch büffeln. Heute sind es oft nur zwei Stunden.

Notfalls will der Lehrerverband seine Anliegen mit einer nationalen Volksinitiative durchsetzen, wie Zemp zuletzt angekündigt. Doch dafür sei es noch zu früh. Derzeit läuft die Übergangsfrist für die Umsetzung des Harmos-Konkordats. Bis 2015 haben die Kantone Zeit, sich auf eine gemeinsame Fremdsprachenstrategie zu einigen. Doch wird das immer unwahrscheinlicher. Bereits heute diskutieren die kantonalen Erziehungsdirektoren über eine Verlängerung der Frist – damit sie eine Harmonisierung auch ohne Bundesintervention erreichen. > GASTKOMMENTAR SEITE 15

Wenn die Demokratie Sprachen bedroht

Die Nachricht: Wer legt die Amtssprache für ein bestimmtes Gebiet fest? In Graubünden gibt es einen Konflikt um die Rolle der romanischen Sprache und des Rumantsch Grischun im Speziellen. Gesamtschweizerisch wird debattiert, welche an den Schulen die erste Fremdsprache sein soll.

Der Kommentar: In der Demokratie entscheidet die Mehrheit. Dies gilt selbstverständlich auch bei der Festlegung der Amts- und Schulsprache. In den einsprachigen Kantonen wirft dies kaum Fragen auf. So ist beispielsweise im Kanton Aargau Deutsch völlig unbestritten Amt- und Schulsprache. Am 18. Mai 2014 entscheiden die Aargauerinnen und Aargauer lediglich darüber, ob die Unterrichtssprache im Kindergarten die Mundart oder die Schriftsprache sein soll. Zulässig sind beide Varianten. Im Übrigen geniesst die lokal vorherrschende Sprache in Behörden und Schulen Vorrang vor ortsfremden Sprachen. Wer im Tessin lebt, muss seine Kinder in eine italienischsprachige Schule schicken und darf nicht auf eine englische Privatschule ausweichen. Es gilt das vom Bundesgericht stets hochgehaltene Territorialitätsprinzip.

Vor weitaus grösseren Herausforderungen stehen die mehrsprachigen Kantone, so auch das dreisprachige Graubünden. Bis in die jüngste Zeit gelang es, Konflikte in der Sprachenpolitik durch eine Verlagerung auf die Gemeindeebene zu umschiffen. Die Gemeinden entscheiden über die Amts- und Schulsprache. Die romanischen Gemeinden können zwischen dem jeweiligen regionalen Idiom und der Schriftsprache Rumantsch Grischun wählen.

Das Bild einer demokratisch heilen Sprachwelt hat unterdessen einige Risse. Die mehrheitlich deutschsprachige Bevölkerung legte für die kantonalen Behörden Rumantsch Grischun als Amtssprache fest. Vor allem aber ordnete der Grosse Rat 2003 in Form einer Sparmassnahme an, die romanischen Lehrmittel sollten fortan in Rumantsch Grischun erscheinen. Später schuf der Kanton finanzielle Anreize für die Gemeinden, Rumantsch Grischun als Schulsprache zu wählen. Nicht wenige Gemeinden gingen auf diesen – wie sich herausstellte kurz-sichtigen – Deal ein.

Der Flurschaden für die fragile romanische Sprachgemeinschaft ist gross. Immerhin konnte mit den bewährten demokratischen Verfahren nun wieder ein gangbarer Weg gefunden werden. Ein wichtiger Punkt sind die Lehrmittel in den Idiomen. Radikallösungen wie eine kantonale Volksinitiative für die

Einführung von Rumantsch Grischun als Schulsprache wurden glücklicherweise nicht weiterverfolgt. Es hätte der demokratisch fragwürdige Fall eingetreten können, dass die Mehrheit über die Sprache der Minderheit entschieden hätte.

Die romanische Sprachgemeinschaft in ihrer Kleinheit und Eigenart wird von der rasant zunehmenden Mobilität der Menschen besonders stark erfasst. Viele Sprecher wohnen ausserhalb des traditionellen Sprachgebietes, viele Anderssprachige wohnen in romanischen Gemeinden. Romanische Gemeinden fusionieren mit deutschen Gemeinden, wie die Beispiele Ilanz/Glion und Albula/Alvra zeigen. Auch innerhalb des traditionellen Sprachgebiets verliert in der Folge das Territorialitätsprinzip seine wichtige Schutzfunktion. Das Rätoromanische ist in seinem Kernland bedroht. Gleichzeitig eröffnen sich neue Chancen. Das Modell zweisprachig (romanisch/deutsch) geführter Schulen in Chur, Domat/Ems und Ilanz/Glion weckt Hoffnung.

Die Debatte um die Schulsprache ist inzwischen in den einsprachigen Gebieten angekommen. Nachdem viele Kantone der Deutschschweiz zunächst das Englische anstelle des Französischen als erste Fremdsprache eingeführt hatten, bestehen nun Bestrebungen, das Französische ganz aus der Primarschule zu verbannen. In Graubünden droht dem Italienischen ein ähnliches Schicksal. Das freie demokratische Entscheidungsrecht gerät in Spannung zur verfassungsrechtlich verankerten Mehrsprachigkeit. Am Horizont droht Zwang, der eine staatspolitische Selbstverständlichkeit zur Geltung bringen soll.

Wie so oft führte die Harmonisierung eines Rechtsbereichs zu unerwünschten Nebeneffekten. Profitiert hat das Englische als ohnehin durchsetzungsfähigste Sprache. Die Regulierung soll nun durch neue Regulierungen korrigiert werden. Der Blick nach Graubünden mahnt jedoch zur Vorsicht. Die unterste staatliche Ebene der Gemeinden ist am Schluss wohl am besten geeignet, um Demokratie und Sprachpolitik in Einklang zu bringen.



* Prof. Dr. Andreas Glaser, Uni Zürich und Zentrum für Demokratie Aarau. Am 11. April findet in Chur die Tagung «Rätoromanische Sprache und direkte Demokratie» statt. Programm auf www.zdaarau.ch/de/veranstaltungen